



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 05.12.2018, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2019 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2018 - 2022 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 406/18
-------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er zum Thema Stärkung des ÖPNV. Heute werde die Vorlage zu TOP 2 nicht beschlossen. Dennoch wolle er über den aktuellen Stand informieren.

Stadträtin **Liepins** geht auf die emotional geführte Diskussion in der Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ein. Man habe sich im Ausschuss darauf verständigt, dass nach den Gesprächen zwischen Landrat, Verwaltung und den Fraktionsvorsitzenden diese Vorlage erneut zur Vorberatung in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt komme. Sie wolle beantragen, dass TOP 2 von der heutigen Tagesordnung genommen werde. Lediglich eine Information unter TOP 2 sehe sie nicht als sinnvoll. Eine öffentliche Diskussion heute halte sie für nicht angebracht.

OBM **Spec** merkt an, dass aktuelle Entwicklungen für die Öffentlichkeit von Interesse seien. Heute habe ein Gespräch mit Vertretern der Stadt Kornwestheim stattgefunden. Diese haben bestätigt, dass wesentliche Positionen in der Vorlage korrekt wiedergegeben seien. Die Öffentlichkeit werde über die wichtigen Positionen in geeigneter Weise unterrichtet, sie habe ein Recht auf Information.

Selbstverständlich solle die Öffentlichkeit informiert werden, so Stadträtin **Liepins**. Sie wolle im Gemeinderat einen breiten Konsens für dieses wichtige Thema. Über die Vorlage sei in der Vorberatung nicht abgestimmt worden. Sie wolle die Öffentlichkeit nicht ausschließen. Über das stattgefundenene Gespräch mit der Stadt Kornwestheim könne gerne berichtet werden.

Es sei ein Workshop mit Landrat und Kreistag am 13.12.2018 geplant, so OBM **Spec**. Er gehe davon aus, dass zu diesem Termin die beteiligten Städte ebenso eingeladen werden. Dies sei bisher noch nicht erfolgt. Die Ergebnisse aus diesem Workshop sollen in die weitere Beratung einfließen. Es werde im Januar hierzu eine Sondersitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt geben. Der Tagesordnungspunkt 2 wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und in der heutigen Beratung nicht weiter vertieft. Die Abklärung mit den Vertretern des Landkreises habe ergeben, dass in den wesentlichen Positionen eine Deckung und kein Dissens vorliege. In der Vorlage seien die von den Beteiligten im Einvernehmen verbindlichen Punkte aufgenommen worden. Hier spricht er insbesondere den Kostenschlüssel an. Dieser sei nicht ausdrücklich protokolliert, aber dennoch ein fester verbindlicher Bestandteil weiterer Beschlüsse.

Im Anschluss ruft OBM **Spec** Tagesordnungspunkt 1 auf. Im Zuge der Beratung der Haushaltsanträge werden die Anpassungen, welche die Verwaltung nach dem Einbringen des

Haushaltsplanentwurfes in das Änderungsverzeichnis aufgenommen hat, beraten. Folgende Anpassungen werden von der Verwaltung vorgeschlagen und im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert:

Teilhaushalt 63 Produktgruppe 5610-063, Seite 367 „Erarbeitung eines Konzepts zur Optimierung des ÖPNV“

OBM **Spec** geht auf die offenen Fragen der gestrigen Gemeinderatssitzung ein und informiert über die Teilpositionen anhand einer Übersicht, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf das vorgestellte Papier ein. Haushaltsberatungen auf dieser Grundlage seien nicht möglich. An diesem Vorgehen bringt er erhebliche Kritik an.

Die Städte mit erhöhten Stickstoffdioxidwerten seien am Montag beim Bundeskanzleramt eingeladen gewesen, so OBM **Spec**. Zusammenfassend merkt er an, dass im Haushalt 2019 einem Bruttobetrag von 13.676.000,--Euro ein Eigenbedarf von lediglich rund 4.000.000,--Euro entgegenstehe. Der Rest sei zur Co-Finanzierung durch Bund und Land vorgesehen. OBM **Spec** schlägt vor, dass im Laufe des Haushaltsjahres die Umsetzung der Maßnahmen konkret beraten werde.

Stadträtin **Liepins** will nähere Informationen zum Bereich Nachhaltige Mobilität über das Verhältnis der Einnahmen durch Fördermittel zu den Ausgaben.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert, dass bereits ein Förderbescheid in Höhe von 6,1 Millionen für ein Programm von 12 Millionen eingegangen sei. Es sind weitere Anträge gestellt. Die Umsetzung der Maßnahmen werde erst nach Bewilligung der Zuschüsse erfolgen und vorgeschlagen. Zum Teil erhalte man eine 100% Förderung.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass trotz Zuschüsse Eigenanteile in den Haushalt eingebracht werden müssen.

Stadtrat **Prof. Vierling** will wissen, weshalb von rund 4 Millionen ausgegangen werde und geht auf die Seite 367 ein.

Herr **Kiedaisch** erklärt, dass dies die Summe des gesamten Finanzplanungszeitraumes betreffe.

Teilhaushalt 67 Produktgruppe 5410-067, Seite 404 „Einstellung Mittel 2019 für die Realisierung des Südknotens Neckarweihingen“

Herr **Kiedaisch** merkt an, dass diese Maßnahme derzeit nicht weiterverfolgt werde.

Stadtrat **Herrmann** fügt hinzu, dass der Südknoten nach wie vor wichtig sei. Allerdings brauche man keine Mittel einstellen, da im kommenden Jahr diese Maßnahme nicht erfolge.

Stadtrat **Juranek** stimmt Stadtrat Herrmann zu und teilt mit, dass der Antrag von den Mitgliedern des Stadtteilausschusses eingebracht worden sei. Durch die umfangreichen Baumaßnahmen sei dies provoziert worden. Er stimme dem Antrag des Stadtteilausschusses zu.

Seinen Vorrednern schließt sich im Grunde Stadtrat **Haller** an. Er wünsche sich künftig eine bessere Kommunikation. Die bisher durchgeführten Maßnahmen zeigen eine positive Auswirkung und er spricht ein Lob an die Verwaltung aus.

Der Südknoten sei gewünscht, so Stadträtin **Liepins**. Dennoch sehe sie eine erneute Baustelle im kommenden Jahr als nicht zumutbar. Die Diskussion solle in zwei Jahren erfolgen.

Stadtrat **Weiss** sieht im Südknoten ebenso eine sinnvolle Lösung, im Gegensatz zu den unsinnigen Maßnahmen bezüglich des Radweges an der Marbacher Straße.

OBM **Spec** merkt an, dass keine Abstimmung erfolge, da kein konkreter haushaltsrelevanter Antrag vorliege. Diese Maßnahme wird in den Haushaltsplan 2019 nicht aufgenommen.

Teilhaushalt 67 Produktgruppe 5110, Seite 427 2Umgestaltung Walcker Park“

Herr **Kiedaisch** schlägt vor, diese Maßnahme in den Haushaltsplan aufzunehmen. In der Gemeinderatsklausur habe man sich für eine Zurückstellung ausgesprochen. Aufgrund Förderungen aus dem Sanierungsgebiet müsse die Maßnahme bis Ende 2022 umgesetzt werden.

Stadtrat **Noz** werde dies ablehnen, da man sich in der Klausur einig war, diese Maßnahme zurückzustellen.

Stadtrat **Heer** will wissen, ob Fördermittel auch später beantragt werden können.

Stadtrat **Rothacker** werde zustimmen. Weiter geht er auf eine begrünte Hochgarage ein.

BM **Ilk** sieht diese Maßnahme auch im Zusammenhang mit der Neubewerbung zur Landesgartenschau. Die Bewerbungsunterlagen müssen Ende 2019 abgegeben werden.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass die Gefahr bestehe, die Fördermittel zu verlieren.

Ein heutiger Beschluss sei aufgrund der Fördermittel sinnvoll, so Stadtrat **Heer**. Der Grünbereich sei für die untere Stadt wichtig.

Unabhängig der Landesgartenschau sieht Stadtrat **Bauer** diese Maßnahme als wichtigen Baustein.

Der Park sei ein wichtiger Teil der Vernetzung der Grünanlagen und ein Beitrag zum Klimaschutz, so Stadträtin **Burkhardt**.

Aufgrund der Haushaltssituation falle ein Vorziehen dieser Maßnahme schwer, so Stadträtin **Liepins**. Der Wettbewerb habe gute Ergebnisse gebracht. Ein Vorziehen dieser Maßnahme sehe sie als sinnvoll.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass ebenso Fördermittel für Renovierungen auch Hauseigentümer erhalten. Dies solle unterstützt werden.

Aufgrund der Haushaltssituation stellt Stadtrat **Noz** den Antrag, diese Maßnahme zurückzustellen.

Herr **Kiedaisch** stellt klar, dass trotz der Diskussion in der Gemeinderatsklausur diese Maßnahme, aufgrund der zu erwartenden Fördermittel, auf die Liste genommen worden sei.

Der während des Beratungsverlaufs gestellte Antrag durch Stadtrat **Noz** zur Nichtaufnahme in das Änderungsverzeichnis wird mit 6 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Nicht anwesend: Stadtrat Braumann
Stadtrat Daferner
Stadtrat Köhle
Stadtrat Remmele
Stadträtin Wiedmann

Antrag 470/18 und 492/18

Herr **Kiedaisch** geht auf den Antrag 470/18 der CDU und 492/18 der Freien Wähler ein. Hierzu legt er eine Liste über die Reduzierungen des Investitionsprogrammes aus. Diese liegt dieser Niederschrift bei.

Antragstext:

Der Ansatz für Erneuerung des Fußgängerleitsystems wird um 50.000 Euro gekürzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Braumann
Stadtrat Daferner
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat Köhle
Stadtrat Remmele
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** informiert, dass der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt dem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt sei und eine vergleichende Ausschreibung einzuholen sei. Diese Maßnahme werde erneut im Ausschuss beraten. Er empfiehlt, die Mittel nicht zu kürzen.

Als Ergänzung weist Herr **Kiedaisch** darauf hin, dass die Einnahmen bezüglich der beantragten Fördermittel zu berichtigen seien, soweit der Ausgabeansatz reduziert werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** erläutert den Antrag und merkt an, dass die Summe zu hoch angesetzt sei.

Stadtrat **Noz** wird den Antrag unterstützen. Das bisherige Leitsystem könne weiter bestehen bleiben und die Maßnahme könne geschoben werden.

Die Fußgänger seien wichtig, so Stadtrat **Rothacker**. Man habe eine bestehende Beschilderung. Leider sei bei der bestehenden Beschilderung in der Vergangenheit eine Einräumung auf die Zugriffsrechte versäumt worden. Eine Planung könne er sich vorstellen, allerdings eine Umsetzung für das kommende Jahr nicht.

Man brauche dringend eine Verbesserung, so Stadträtin **Liepins**. Die Größenordnung wolle sie heute nicht diskutieren. Sie bittet um Diskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

OBM **Spec** nimmt eine breite Zustimmung für eine Reduzierung um 50% im Gremium wahr. Er lässt über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

Der abgeholzte Abschnitt des Salonwalds, der an den Kreisverkehr Aldinger-/Danziger-Straße angrenzt, und derzeit als Container-Abstellfläche genutzt wird, wird als Waldfläche wieder hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** geht auf den Antrag 482/18 ein. In den Bauausgaben zum Kreisverkehr seien auch Mittel für die Wiederaufforstung des Salonwaldes enthalten.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf die große Fläche der Rodung ein und fragt, ob dies notwendig gewesen, beziehungsweise lediglich für die Baustelleneinrichtung erfolgt sei. Er sei davon ausgegangen, dass die Mittel für die Gestaltung eingesetzt werden.

Möglicherweise sei die Rodung in dieser Größe überflüssig gewesen, so Stadtrat **Heer**.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass eine Rodung aufgrund der Baustelleneinrichtung nicht erfolgt sei. Es habe aufgrund des Kreisverkehrs, Waldpfllegemaßnahmen aus Verkehrssicherheitsgründen, sowie wegen Leitungssanierungen Baumfällungen gegeben.

Stadträtin **Moersch** merkt an, dass die Fällung großer Bäume schmerze, dennoch sehe sie den Etatansatz als ausreichend und werde dem Antrag nicht zustimmen.

OBM **Spec** merkt an, dass der Antrag hinfällig sei, da die Baumpflanzungen im bestehenden Etatansatz beinhaltet seien. Hiermit zeigt sich Stadtrat **Prof. Vierling** einverstanden.

Antragstext:

Die Stadt nimmt den Bau des Neckarstegs zum Freibad in die Investitionsliste und Finanzplanung auf.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Die Baukosten seien ein Teil der Prioritätenliste und werden in diesem Zusammenhang beraten.

TOP 1.4

Grün in der Stadt – „1000 Bäume in 10 Jahren“
- Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom
21.11.2018

Vorl.Nr. 473/18

Antragstext:

Anstelle der Einführung einer Baumschutzsatzung werden (Alleen-) Bäume gepflanzt.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** teilt mit, dass TOP 1.4 zusammen mit TOP 1.5 beraten werde. Hiermit zeigt sich das Gremium einverstanden. Dieses Thema werde im Zusammenhang mit der Beratung zur Baumschutzsatzung behandelt.

Stadtrat **Prof. Vierling** merkt an, dass ein politisches Signal wichtig sei. Er appelliere, dass der Baumbestand erhöht werden solle. Die Anpflanzungen sollen möglichst erfolgreich sein und gegebenenfalls zu analysieren. Der Antrag der FDP solle keine Alternative zur Baumschutzsatzung sein.

Stadtrat **Heer** geht auf seinen Antrag ein. Er wolle, dass mehr Bäume gepflanzt werden sollen. Er sehe es wichtiger in Baumpflanzungen, anstatt in Personalkosten im Zuge der Baumschutzsatzung, zu investieren. Er stimmt dem Verweis in den BTU zu.

Die Anträge sollen im Zusammenhang mit der Baumschutzsatzung beraten werden, so Stadtrat **Noz**. Er wolle noch wissen, wieviel Bäume bereits jetzt im laufenden Jahr gepflanzt werden.

Die Baumschutzsatzung und die Baumpflanzungen sollen nicht vermischt werden, so Stadträtin **Burkhardt**. Die Satzung diene dem Schutz von bestehenden Bäumen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass viele Baumquartiere zu klein seien. Diese sollten vergrößert werden, notfalls zu Lasten von Parkplätzen oder Straßenraum. Es sei paradox, wenn die Baumschutzsatzung nicht verabschiedet werde.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf die Seite 422 ein. Hier sei der Indikator für die Baumpflanzungen aufgeführt, die Steigerungstendenz sei eher gering. Er wolle den Antrag 481/18 zur Abstimmung stellen. Die Satzung sei inhaltlich nicht mit dem Antrag 473/18 zu vergleichen.

Stadtrat **Noz** werde den Antrag 481/18 nicht unterstützen. Er könne dem Antrag 473/18 zustimmen.

Der Antrag 473/18 sei nicht haushaltsrelevant und spreche gegen die Baumschutzsatzung, so Stadtrat **Prof. Vierling**.

OBM **Spec** merkt weiter an, dass der Deckungsvorschlag des Antrages 481/18 zu Lasten des BRT Systems gehe.

Stadtrat **Weiss** befürchte in der Baumschutzsatzung einen hohen Bürokratieaufwand. Zudem müsse der Deckungsvorschlag geändert werden.

Der Deckungsvorschlag sei nicht Gegenstand des Antragstextes und stehe nicht zur Abstimmung, so Stadtrat **Prof. Vierling**.

Stadtrat **O`Sullivan** könne grundsätzlich dem Antrag der Grünen Fraktion zustimmen. Er sehe diesen als Sachantrag. Der Antrag der FDP gehöre sachlich im Ausschuss beraten und könne nicht im Zuge einer Haushaltsberatung behandelt werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** sieht seinen Antrag als haushaltsrelevant. Es seien 50.000,-- Euro für 500 Bäume angesetzt.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) teilt mit, dass die Baumpflanzungen ausreichend seien. Zum Teil werden Bäume auch ersetzt. Im Sinne einer künftigen Trassenführung müssen die Baumpflanzungen sinnvoll geplant werden. Man benötige auch die räumlichen Möglichkeiten zur Pflanzung.

Stadtrat **Prof. Vierling** zieht seinen Antrag Nr. 481/18 zurück. Dennoch werde er die Schaffung der Räume für die Pflanzung politisch aufgreifen.

TOP 1.5

Baumpflanzungen zur Klima-Anpassung
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Vorl.Nr. 481/18

Antragstext:

Die Stadt legt ein Programm „Baumpflanzungen zur Klima-Anpassung“ auf. Die Anzahl der städtischen Bäume (derzeit 29.300) soll damit jedes Jahr stadtklimatisch wirksam um 500 erhöht werden.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag 481/18 wird zusammen mit dem Antrag 473/18, TOP 1.4 beraten. Während des Beratungsverlaufs wird der Antrag durch Stadtrat **Prof. Vierling** zurückgezogen.

Antragstext:

Für den Erhalt der Weinbergsteillagen werden im Haushaltsplan 2019 zusätzlich 30 000 Euro eingestellt. Das Geld soll ausschließlich für den Erhalt des Weinanbaus in den Steillagen zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung erarbeitet ein Fördermodell nachdem die betroffenen Weingärtner ihre Anträge zur Bewirtschaftung der Steillagen stellen können.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Das Gremium einigt sich, die Thematik in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Quartal 2019 zu verweisen.

Antragstext:

Die Planungsrate zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für die Überdeckung der B 27 im Zusammenhang mit dem Projekt Landesgartenschau wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Köhle
Stadtrat Remmele
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Dr. Knoß** erläutert ihren Antrag. Sie sei der Meinung, dass die letzte Bewerbung erneut eingereicht werden könne.

Stadtrat **Herrmann** ist der Meinung, dass eine erneute Bewerbung und Aktualisierung erfolgen solle. Hierzu gehöre auch die Überdeckung der B27. Er lehne den Antrag der Grünen Fraktion ab. Er geht auf die Reduzierung der Mittel um 50.000,--Euro ein.

Die Überdeckung der B27 sei ein Meilenstein für Ludwigsburg, so Stadtrat **Eisele**. Im Detail müsse dies geplant werden.

Ebenso für die Neubewerbung und für eine Überdeckung stehe Stadträtin **Liepins**.

Stadtrat **Lettrari** ist für die Streichung der Mittel. Er ist davon überzeugt, dass Ludwigsburg keinen Zuschlag für die Landesgartenschau erhalte.

Stadträtin **Moersch** plädiert für eine Neubewerbung. Die Überdeckung sei ein Quantensprung für Ludwigsburg.

Die Bewertungskommission will eine Weiterentwicklung erkennen, so BM **Ilk**. Die Bewerbung müsse qualitativ weiterentwickelt werden.

OBM **Spec** geht auf die Reduktion des Haushaltsansatzes für diese Maßnahme ein.

Stadträtin **Dr. Knoß** halte ihren Antrag aufrecht. Die Summe sei sinnvoller in die baldige Begründung des Arsenalplatzes einzusetzen.

OBM **Spec** lässt über den Antrag abstimmen.

TOP 1.8

Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Beleuchtung der Ludwigsburger Innenstadt unter Berücksichtigung der Weihnachtsbeleuchtung - Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 20.11.2018

Vorl.Nr. 486/18

Antragstext:

Für die Ludwigsburger Innenstadt zwischen Bahnlinie, Marstallcenter, Schloßstraße, Stuttgarter und Leonberger Straße wird ein Beleuchtungskonzept mit LED-Leuchten erarbeitet, das in der Zeit zwischen November und März die besonderen Gebäude und öffentliche Räume der Barockstadt gut beleuchtet. Auch das Sicherheitsgefühl der Ludwigsburger und der Besucher der Stadt soll mit dieser Maßnahme gestärkt werden. Hohe Energiekosten entstehen dadurch nicht.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Man sei bereits an der Umsetzung eines Konzeptes.

OBM **Spec** geht auf die Zusammenarbeit mit der Lichtkünstlerin Frau Appelt und den Charme der Slow Light Konzeption ein. Eine weitere Beratung erfolge im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Stadtrat **Kasdorf** bittet um Berücksichtigung einer umweltgerechten Beleuchtung.

Während des Beratungsverlaufs zieht Stadträtin **Burkhardt** ihren Antrag zurück.

TOP 1.9

Bebauungsplanung auf der Ostseite der
Schienenstrecke Stuttgart-Ludwigsburg zwischen
Schillerstraße und Friedrichstraße unter
Einbeziehen des öffentlichen Raums
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 20.11.2018

Vorl.Nr. 487/18

Antragstext:

Gemäß Planungsgebot in § 1 BauGB werden alle städtebaulichen Konflikte bei den geplanten Baumaßnahmen im oben genannten Teil der Stadt Ludwigsburg nicht durch einzelne Baugenehmigungen, sondern durch Aufstellung eines Bebauungsplanes geregelt. Damit sind auch die mehrfache Bürgerbeteiligung an der komplexen Materie und die Information der Öffentlichkeit über die diversen Konflikte gesichert.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) zeigt eine Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er könne diese Maßnahme nicht empfehlen. Der Aufwand stehe nicht in Relation zum Gebot der planerischen Zurückhaltung.

Während des Beratungsverlaufs wird der Antrag von Stadträtin **Burkhardt** zurückgezogen.

TOP 1.10

Probleme der Kläranlage Eglosheim einschließlich
des Regenrückhaltebeckens
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 20.11.2018

Vorl.Nr. 488/18

Antragstext:

Die Stadtverwaltung berichtet über die Probleme der Eglosheimer Kläranlage und die eventuellen Pläne zu einer Sanierung. Wie hoch ist der Phosphorgehalt z.B. im Monrepossee und im Gründelbach? Welche Fische, Kleinlebewesen und Pflanzen leben in beiden Gewässern, die Vorfluter der Kläranlage Eglosheim sind?

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg verwiesen.

TOP 1.11

Begrünung - Fassadengestaltung MHP-Arena
- Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom
21.11.2018

Vorl.Nr. 474/18

Antragstext:

Die Stadt prüft mit dem Eigenbetrieb Tourismus & Events die Machbarkeit einer Begrünung der Fassade und unterbreitet einen Vorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird an den Betriebsausschuss Tourismus & Events Ludwigsburg verwiesen.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt für die Jahre 2023 – 2028 eine Planung der Ergebnishaushalte zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in die Haushaltsstrukturkommission verwiesen.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** setzt vor Eintritt in die Tagesordnung diesen TOP ab.

Beschluss:

Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2019 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Köhle
Stadträtin Orzechowski
Stadtrat Remmele
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf den einstimmigen Empfehlungsbeschluss aus der Vorberatung im Betriebsausschuss Tourismus & Events Ludwigsburg. Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht wird, lässt er über die Vorlage abstimmen.

TOP 4 Rahmenplanung für das Schul-, Kultur- und Vorl.Nr. 368/18
Sportareal Oßweil

geänderter Beschluss:

Die aus dem beigefügten Rahmenplan **Alternative 1** ablesbare Anordnung der Nutzungen (s. Anl. 3) wird als Rahmenplanung im Sinne von § 1 Abs. 6 BauGB für das SKS-Areal beschlossen.
~~Die Verwaltung empfiehlt die Alternative 3.~~
Sofern eine Umsetzung nicht möglich sei, solle Variante 3 weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0-Nein Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadträtin Dziubas
Stadtrat Köhle
Stadträtin Orzechowski
Stadtrat Remmele
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

BM **IIk** geht auf die Vorberatungen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ein. Die verschiedenen Varianten seien vorgestellt worden. Beide Ausschüsse haben sich für Variante 1 ausgesprochen. Nachdem keine Aussprache gewünscht wird, lässt OBM **Spec** über die geänderte Beschlussempfehlung, wie oben kursiv eingefügt, abstimmen.

Beschluss:

Gemäß den Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen vom 25.04.2018 wird auf Vorschlag der Freien Wähler-Fraktion

Frau Marion Schöck, Möglinger Straße 32, 71636 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Pflugfelden berufen. Das bisherige Mitglied Herr Heinz Schopf scheidet aus privaten Gründen aus diesem Gremium aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadträtin Dziubas
Stadtrat Haller
Stadtrat Köhle
Stadträtin Liepins
Stadträtin Orzechowski
Stadtrat Remmele
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** lässt Vorlage Nr. 500/18 und 501/18 en bloc abstimmen. Hiermit zeigt sich das Gremium einverstanden.

Beschluss:

Gemäß den Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen vom 25.04.2018 wird auf Vorschlag der Freien Wähler-Fraktion

Frau Melanie Albrich, Zwisslerstraße 17, 71640 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Oststadt berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
 Stadträtin Dziubas
 Stadtrat Haller
 Stadtrat Köhle
 Stadträtin Liepins
 Stadträtin Orzechowski
 Stadtrat Remmele
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** lässt Vorlage Nr. 500/18 und 501/18 en bloc abstimmen. Hiermit zeigt sich das Gremium einverstanden.